

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 30 (1989)  
**Heft:** 18

**Artikel:** Geschichte der Kreuzungsnationen  
**Autor:** Revesz, Laszlo  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093698>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Geschichte der Kreuzungsnationen

**Osteuropa ist lange Zeit durch eine totalitäre Einheitlichkeit geordnet worden, die trügerisch war. Hier zeigt Prof. Revesz, wie die Region nach dem Ersten Weltkrieg gegliedert oder zergliedert wurde, eine Vergangenheit, die wieder zum Vorschein kommt. Damals siegten die Entente-Mächte Frankreich, Grossbritannien, Italien und USA samt ihren regionalen Verbündeten Serbien und Rumänien über die Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn, samt ihrem regionalen Verbündeten Bulgarien. Die Sieger belohnten ihre Mitsstreiter territorial und schufen neue Staaten vor allem aus der Erbmasse der aufgelösten Donaumonarchie. Grundsätzlich wollte man den verschiedenen Nationen ihre staatlichen Rechte geben, aber es wurde nicht so viel daraus, und die damalige Problematik meldet sich wieder.**

Das heutige Ostmitteleuropa entstand nach dem Ersten Weltkrieg. Aber nicht als Folge der späteren Friedensverträge, sondern vorher, nämlich zur Zeit des Waffenstillstandes. Damals wurde das *Fait accompli* geschaffen, und was danach folgte, war zu grossen Teilen die Bestätigung einer Reihe von einseitigen Annexionen im Rahmen eines vervielfachten und verzettelten «Kleinstaatensimpérialismus». In der Summe aber war die Neudefinition der Länder und ihrer Grenzen enorm.

### Recht gewollt, Politik gemacht

Die Friedensverträge von 1919 (Versailles, Saint-Germain, Neuilly) und 1920 (Trianon) garantierten den betroffenen Nationen kein Selbstbestimmungsrecht. Dabei war dieses Recht die wichtigste Forderung im 14-Punkte-Programm gewesen, das der amerikanische Präsident Thomas Wilson noch während des Krieges mit Zustimmung der Alliierten vorgelegt hatte. Aber die europäischen Verbündeten, die im Krieg auf die amerikanische Hilfe materiell angewiesen waren, hielten nachher nicht mehr viel von moralischen Verpflichtungen, und das Prinzip der Kuchenverteilung kam vor dem Prinzip der Selbstbestimmung (siehe Hermann Raschhofer: «Selbstbestimmungsrecht und Völkerbund», Köln 1969, S. 19). Das Resultat waren territoriale Regelungen völlig unterschiedlicher Güte.

Von unbestreitbarer Güte war die Wiedererhebung Polens, eine historische Rehabilitierung nach historischem Unrecht. Das Land

war am Ende des 18. Jahrhunderts unter die fremden Eroberer Preussen, Österreich und Russland aufgeteilt worden (1772, 1793 und 1795) und erhielt nunmehr endlich seine Unabhängigkeit zurückerstattet. Leider wurde sie unter anderem auf Kosten von Minderheiten ausgelebt.

Neu entstand die Tschechoslowakei aus einem teilweise logischen und teilweise unlogischen Zusammenschluss von verschiedenen Gebieten. Zusammengebracht wurden Böhmen, Mähren, das tschechische Schlesien, die Slowakei (Oberungarn) und die Karpatho-Ukraine. Zugunsten des neuen Staates aus der Erbmasse der zerschlagenen Habsburger Monarchie ist festzuhalten, dass er demokratisch angelegt war und bis zum Anschluss an Nazideutschland auch demokratisch funktionierte. Weniger gut funktionierte die föderative Lösung, die auf erhebliche Minderheiten überhaupt keine Rücksicht nahm und auch sonst Scheinelemente aufwies.

In keiner Weise von Gutem aber war es, wie man es den Serben und den Rumänen gestattete, ihre Annektionsbedürfnisse zu befriedigen. Anstelle des kleinen Königreichs Serbien entstand als künstliches Gebilde das neue Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS); man hätte es nicht besser machen können, wenn man kommenden Ärger hätte einplanen wollen. Völlig überbläht wurde das zentralstaatlich regierte Rumänien. Das Königreich hatte vor dem Krieg 137 000 km<sup>2</sup> und 8 Millionen Einwohner; nunmehr umfasste es 294 000 km<sup>2</sup> und 16 Millionen Einwohner.

Bei so fetten Gewinnen musste es auch Verlierer geben, und die grössten Verluste erlitt Ungarn: vor «Trianon» 282 000 km<sup>2</sup> und 18,2 Millionen Einwohner, nach «Trianon» 93 000 km<sup>2</sup> und knapp 8 Millionen Einwohner.

Normalerweise setzen Verträge freie und verhandlungsfähige Partner voraus, und in Paris widersprachen sogar die organisatorischen Bedingungen dieser allseitigen Voraussetzung. Sowohl die bulgarische als auch die ungarische Delegation sassen in ihren Hotels wie im berühmten goldenen Käfig und wurden von Sicherheitsbeamten höflich, aber wirksam daran gehindert, ausserhalb der offiziellen Sitzungen freie Kontakte mit den andern Delegationen aufzunehmen.

Den umgekehrten Weg, den man ohne Skandal nicht gut verbauen konnte, beschränkten einzig die Polen, die den Ungarn unter die Arme greifen wollten, aber auch sie blieben letztlich ohne Erfolg.

Anstelle von Selbstbestimmungsrecht «gewährleistete» die Pariser Konferenz – mehr oder weniger gutgemeint – eine bestimmte Rücksichtnahme auf Minderheiten. Als Voraussetzung zu ihrer Anerkennung mussten die neuen Staaten mit dem Völkerbund entsprechende Minderheitenschutzverträge abschliessen. Diese garantierten das Recht auf Leben, den automatischen Erwerb der Staatsbürgerschaft für alle auf dem Territorium ansässigen Personen, gleichwertige Freiheitsrechte für alle Staatsbürger, das Recht auf Gebrauch der Muttersprache usw.

Die neuen Staaten gingen diese Verpflichtungen bedenkenlos ein und missachteten sie dann grossteils ebenso bedenkenlos. Man konnte wegen Verletzung der Vertragsbestimmungen zwar Beschwerde beim Völkerbund einreichen, aber dieser war zu keinerlei Vorgehen verpflichtet, und tatsächlich betrachtete er die Minderheitenfrage nur als politische und nicht als rechtliche Angelegenheit.

Es entstanden multinationale Staaten mit einem unterschiedlich grossen Bevölkerungsanteil an Minderheiten, an Nationalitäten.

Was die nationalen Minderheiten der Donaumonarchie vor 1918 für sich verlangt hatten, nämlich territoriale Autonomie und Selbstbestimmungsrecht, das verwehrten sie, nachdem sie im Rahmen der neuen Grenzen selbst zur Mehrheit geworden waren, ihren eigenen Nationalitäten, den ehemaligen Staatsnationen. Man weigerte sich, die Volksgruppen als eigene Rechtssubjekte anzuerkennen und ihnen einen autonomen Status zu gewähren, von Selbstbestimmung ganz zu schweigen.

So führten die territorialen Änderungen zu keiner echten oder dauerhaften Beruhigung in der stürmischen Geschichte Ostmitteleuropas. Eine solche Unterdrückung der Nationalitäten, wie sie nach 1918 und erst recht nach 1945 praktiziert wurde, hatte es in der ehemaligen Donaumonarchie kaum je in den schlimmsten Zeiten gegeben.

Je nachdem kamen noch die Gegensätze zwischen den staatsbildenden Nationen hinzu; das betraf Jugoslawien mit seinen Serben, Kroaten und Slowenen sowie die Tschechoslowakei mit ihren Tschechen und Slowaken. So oder anders war gemeinhin überall für innenpolitische Spannungen gesorgt, und manche Machthaber suchten sie schon mit diktatorischen Methoden zu lösen, handle es sich um die Königsdiktaturen in Jugoslawien und Rumänien oder um die Pilsudskische Diktatur in Polen.

Das regionale Gefälle in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht schliesslich gefährdete die Stabilität noch auf seine Weise.

Grosse diesbezügliche Unterschiede gab es in Jugoslawien, in Rumänien, in der Tschechoslowakei und in Polen.

Natürlich war die Situation nicht in allen Staaten gleich, und man hat sich mit diesen auch von Fall zu Fall zu befassen.

### Rumänien

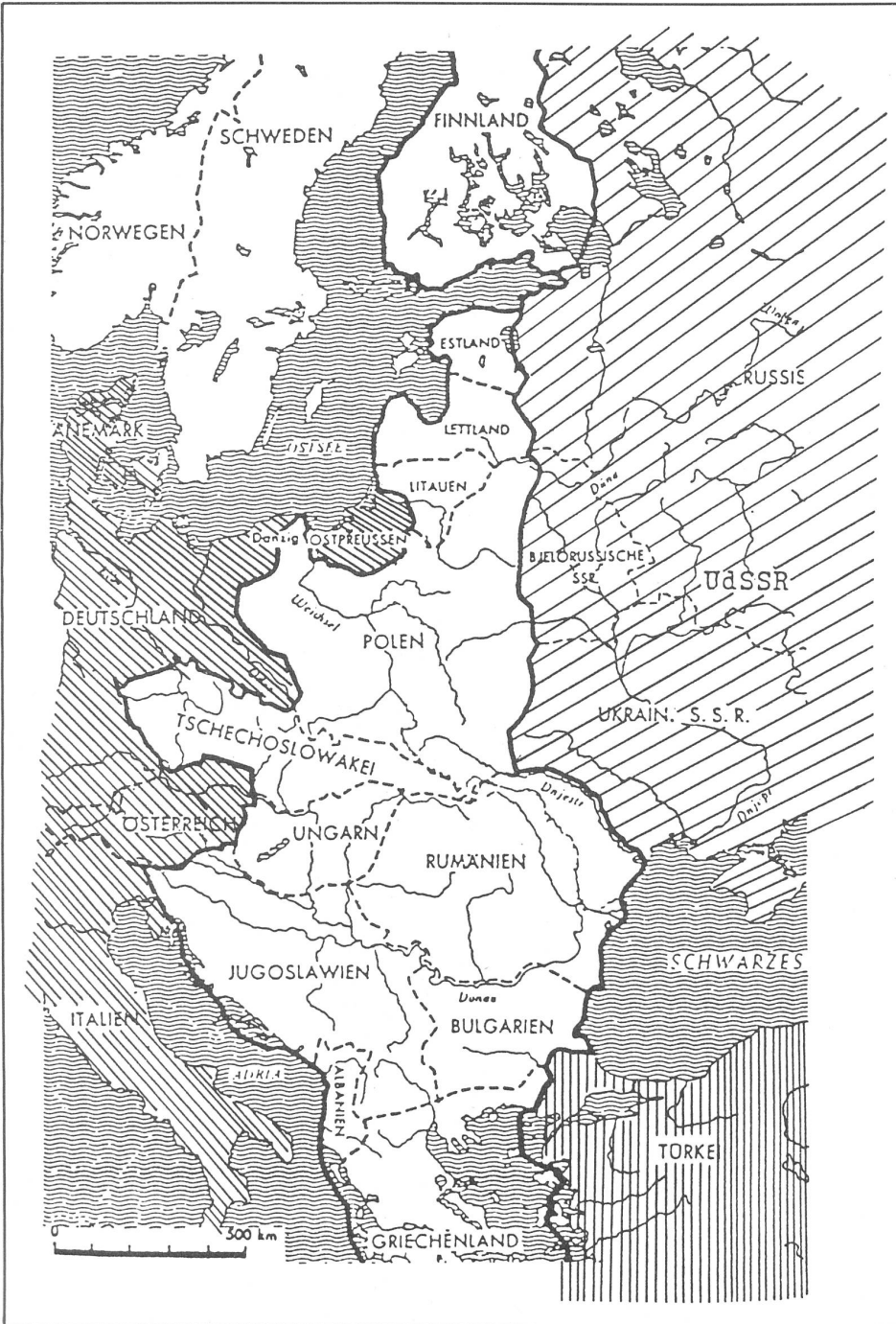
Rumänien war seit 1883 mit Deutschland und der österreichisch-ungarischen Monarchie verbündet (Vertrag von 1883, verlängert 1913). In dieser Allianz trat es denn auch in den Ersten Weltkrieg ein, wechselte dann

aber die Fronten. Das Königreich nahm schon 1915 mit den Verbündeten geheime Verhandlungen auf, die 1916 zu einem Vertragsabschluss führten, ohne dass Rumänien sein Bündnis mit den Zentralmächten gekündigt hätte. Im August 1916 marschierten rumänische Truppen nach Ungarn ein, erlitten eine Niederlage, und im Gegenzug fiel Bukarest am 6. Dezember 1916. Nach Kriegsende verzichtete Rumänien im Friedensvertrag vom 7. Juli 1918 auf seine Expansionspläne, überfiel dann aber 1919, ermutigt durch Frankreich, zusammen mit tschechischen und jugoslawischen Truppen die damalige Ungarische Räterepublik, die sich schlecht verteidigen konnte. So nahmen die Rumänen den Ungarn 103 000 km<sup>2</sup> einfach weg.

Um Bessarabien zu erobern, verletzte Rumänien seine vertraglichen Vereinbarungen mit Russland aus dem Jahre 1916. Bessarabien, so lautete die Begründung, sei seit den Zeiten der Daker ein karpatisches Land gewesen und gehöre rechtens Rumänien an. Auch bezüglich seiner Expansion nach Ungarn berief sich Rumänien auf historische Rechte gemäss der sogenannten dakorömischen Theorie.

Über die «richtige» Zugehörigkeit Bessarabiens lässt sich streiten. Die Russen nahmen das Gebiet 1812 jedenfalls nicht direkt den Rumänen, sondern den Türken ab. In Bukarest wurde und wird das freilich als Gewaltakt gegen Rumänien verstanden. Im Gefolge des Ersten Weltkrieges nutzte Rumänien das Durcheinander, das im ehemaligen Russland nach 1917 entstanden war. Es reagierte auf einen «Hilferuf» vom sogenannten Landesrat Bessarabiens und besetzte das Gebiet militärisch. Die Aktion wurde von einer Volksabstimmung bestätigt, die rumänisch organisiert war. Russland nannte sie in einer Erklärung vom 12. April 1918 «eine Komödie zur Tarnung der Gewaltanwendung» (S. J. Afentju: «Ein denkwürdiges Ereignis» in «Kommunist Moldawi», Kischinow, Nr. 6/1965, russisch). Was der damalige Wille der betroffenen Bevölkerung war, bleibt jedenfalls umstritten.

Die zuvor von Österreich beherrschte Bukowina besetzten die Rumänen unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie. Auch hier war es zum passenden Hilferuf gekommen. Der von den ethnischen Rumänen der Bukowina bestellte Nationalrat beschloss am 22. Oktober 1918 den Anschluss an Rumänien. Demgegenüber stand ein Beschluss der ukrainischen Bevölkerungsmehrheit. Sie votierte für einen Anschluss an die damalige Westukrainische Nationale Republik (UNR). Diese hatte allerdings aktuellere Sorgen, denn sie kämpfte gleichzeitig gegen die Ukrainische Sozialistische Republik (USR), die sowjetische Rote Armee und zeitweilig auch gegen die Weisse Armee. So konnte sie ihre Interessen in der Bukowina nicht verteidigen. Die rumänischen Truppen besetzten schon am 11. November 1918 Czernowitz und danach



Osteuropa in der Zwischenkriegszeit.

die ganze Bukowina. Die weltanschauliche Rechtfertigung war auch zur Hand: Rumänien nannte sich «Retter Europas vor der roten Gefahr». Heute gehören Nordbukowina und Bessarabien zur Sowjetunion.

### Tschechoslowakei

Die Tschechoslowakei (Schreibweise seit der Verfassung von 1920) wurde als Tschechoslowakei von den Tschechen und Slowaken unter stillschweigender Billigung der Entente-Mächte am 28. Oktober 1918 ausgerufen; der neue Staat umfasste Böhmen, Mähren, Österreichisch-Schlesien, Teschen samt Umgebung, die Slowakei (das bisherige Oberungarn) und die Karpato-Ukraine.

Staatspräsident Thomas Masaryk und Ministerpräsident Edward Beneš hatten vor 1918 das Selbstbestimmungsrecht der Völker verfochten, aber danach lehnten sie es für die eigene Republik ab. Nunmehr erklärte Masaryk: «Die Volksabstimmung halte ich für ein zweischneidiges Schwert und befürworte sie nicht unbedingt. Was insbesondere die Slowakei angeht, darf man dort überhaupt keine Volksabstimmung zulassen» (Thomas Masaryk: «Die Nationalitätenfrage», Bratislava 1936, S. 119, ungarisch).

Tatsächlich brachten die Tschechen das damalige Oberungarn, die spätere Slowakei, nach Kriegsende mit Gewalt an sich. Bevölkerungsmässig stellen die Ungarn im gesamten Gebiet eine Minderheit dar, bildeten aber in der heutigen Südslowakei, auf die Budapest später seinen Anspruch reduzierte, eine starke Mehrheit.

Das fragliche Gebiet wurde von den tschechischen Truppen zur Zeit der Ungarischen Räterepublik (21. 3. bis 1. 8. 1919) militärisch

besetzt. Diese leistete anfänglich erfolgreichen Widerstand, musste ihn dann aber auf französischen Druck hin aufgeben.

Masaryk und Beneš wollten ursprünglich auch das Burgenland einnehmen, um (auf Kosten Österreichs und Ungarns) einen Korridor zwischen den Nordslawen (in der Tschechoslowakei) und den Südslawen (in Jugoslawien) zu schaffen. Frankreich unterstützte die Idee, aber Grossbritannien war mit Italien dagegen, und so unterblieb das Vorhaben.

Ins Sudetenland marschierten tschechische Einheiten Ende 1918 ein, und Österreich musste die Besetzung am 4. März 1919 akzeptieren, am Tag der konstitutionellen Nationalversammlung in Wien. Die Sudetendeutschen selbst hatten sich der neuen österreichischen Republik anschliessen wollen. Sie beriefen sich dabei auf die zuvor von den tschechischen Führern befürwortete Selbstbestimmung, aber umsonst. Masaryks Begründung lautete: «Kein Land darf gezwungen werden, auf seine Grenzen, die nach einer jahrhundertalten Geschichte und ihren Erfahrungen selbstverständlich geworden sind, deshalb zu verzichten, weil das dem Wunsch der zerstreut in den Randgebieten lebenden Minderheit entsprechen würde. (. . .) Ausserdem dürfen wir nach viereinhalb Jahren eines schrecklichen Krieges unsere Pflicht zur Sicherheit des Landes nicht vernachlässigen. Angesichts der Tatsache, dass wir mit jahrhundertalten Feinden gemeinsame Grenzen haben, erfordert es das Interesse an einem dauerhaften Frieden, dass diese Grenzen so weit wie möglich auch strategisch günstig verlaufen. Anders hätten wir aus dem Krieg nichts gelernt» (Thomas Masaryk: «Die Nationalitätenfrage», S. 179). Dieser Raison d'état hatten sich die Minderheiten zu fügen.

Der neue Staat hatte eine Fläche von 140 408 km<sup>2</sup> und laut Volkszählung von 1921 (deren Ergebnisse von den Minderheiten bezweifelt wurden) 13 612 000 Einwohner. Davon waren 3 123 446 (23,4 %) deutscher Nationalität und 747 444 (5,6 %) ungarischer Nationalität. Hinzu kamen 230 943 sogenannte Ausländer, grossenteils Ungarn, die man in der Folge unter Verletzung des Friedensvertrags des Landes verwies.

Im Unterschied zu andern Ländern riefen die Tschechoslowaken ein demokratisches Mehrparteiensystem moderner Prägung ins Leben, aber den Erfordernissen eines Mehrvölkerstaates wurden sie dabei nicht gerecht; leider hatte selbst ein Staatsmann wie Thomas Masaryk dafür kein Gespür.

### Polen

Der unheilvolle Weltkrieg bot wenigstens den Polen die Gelegenheit, ihren 1795 durch räuberische Nachbarn aufgelösten Staat wieder herzustellen. Ob sie ihre Chance nutzen würden, war zunächst noch nicht klar. In den führenden Kreisen diskutierte man mehrere Optionen. Es gab Gruppen, die sich (bis zur Oktoberrevolution) an Russland lehnen wollten oder an Österreich; eine allerdings kleine Minderheit suchte sich sogar, wenn auch gemässigt, nach Deutschland zu orientieren. Indessen obsiegte doch die von Pilsudski angeführte Gruppe, welche die Wiederherstellung Polens in seinen Grenzen vor den Teilungen verlangte und auch weitgehend erlangte.

Die grösste Gefahr drohte der jungen Republik vom Osten. Das sowjetrussische Dekret vom 29. August 1918, unmittelbar vor Kriegsende, anerkannte zwar den souveränen polnischen Staat in seinen Grenzen von 1772, aber das war nur taktisch gemeint, und schon 1920 schickte Lenin seine Truppen nach Polen. Die sowjetische Armee wurde indes geschlagen («das Wunder an der Weichsel»), und danach garantierte der polnisch-sowjetische Vertrag (Riga, März 1921) die territoriale Unverletzlichkeit und Souveränität Polens «für ewige Zeiten»; diese sollten dann bis zum Bündnis von Nationalsozialismus und Sowjetsozialismus 1939 dauern.

Indessen sorgte Polen selbst für Komplikationen in mehreren Richtungen, hauptsächlich mit den ukrainischen und weissrussischen Minderheiten, ferner mit Litauen und Oberschlesien.

Marschall Pilsudski, der Oberkommandierende der Streitkräfte (und spätere Diktator) propagierte die Idee einer polnisch-litauischen Föderation, suchte aber tatsächlich den südlichen Teil Litauens direkt seinem Land einzuverleiben, was natürlich zu Feindseligkeiten zwischen den beiden einander nahestehenden Nationen führte, die zwischen 1569 und 1795 in einem gemeinsamen Staat gelebt hatten.

### Unsere periodische Zeitbild-Rubrik

## Reformen in der Sowjetunion

Zeitabschnitt	Anteil der fortschrittlichen Reformen	
	am Total der Reformen	
im Monat August allein	89 %	11 %
seit Beginn der Analyse	77 %	23 %

– Im Monat August ist der Anteil der Rückschritte am Total der Monatsreformen weiterhin zurückgegangen, doch am Anteil aller bisher festgestellten Reformen wirkt sich dieser Umstand nur sehr wenig aus.  
 – Erstmals seit vergangenem Februar waren auf dem Gebiet der Rationalisierung keine Rückschritte zu bemerken.  
 – Die Rationalisierungsfortschritte auf dem Gebiet der Innenwirtschaft und die Liberalisierungsmassnahmen im Bereich der Machtstrukturen – die Zahlen beider schwingen obenaus – halten sich nach unseren Feststellungen heute ungefähr die Waage.  
 – Ungewiss ist heute noch der Ausgang der Selbstständigkeitsbestrebungen im Baltikum und anderswo sowie der Streikvorgänge bei russischen Minderheiten in nichtrussischer Umgebung, zum Beispiel in der Moldauischen und den Ostsee-Republiken.

Zusammenstellung: Harald de Courten

Polnische Truppen besetzten am 9. Oktober 1920 das Gebiet von Wilna/Vilnius und riefen dort einen pseudosouveränen Staat aus, das sogenannte Mittel-Litauen. Die Kämpfe zwischen Polen und Litauen dauerten an. Der Völkerbund verkündete erst die Schaffung einer neutralen Zone und anerkannte dann 1923 ihre Teilung auf Grund des angeblich ermittelten Wunsches vom betreffenden Bevölkerungsteil, mit einem Autonomiestatus unter polnische Hoheit zu kommen. Die Annexion von Wilna belastete die polnisch-litauischen Beziehungen bis 1939. So verhandelte der Ehrgeiz eines Politikers zwei traditionell befreundete Nationen nachhaltig. Und wenn die Litauer heute «objektiv» unnötige Probleme mit ihrer polnischen Minderheit haben, gehört das auch zu jener Vergangenheit, die jetzt allenthalben an die Oberfläche drängt; eine gute Koordination zwischen den verwandten Bewegungen der polnischen Solidarnosc und der litauischen Sajudis könnte die fällige Versöhnung bewirken.

Mit Billigung des Völkerbundes wurde Galizien mit einem autonomen Status dem polnischen Staat angegliedert; leider unterblieb die Verwirklichung des Autonomiegesetzes vom 26. Februar 1922.

In den ehemals preussisch besetzten Gebieten kam es zu mehreren Volksabstimmungen und in Oberschlesien sogar zu drei Aufständen. Schliesslich vermittelte der Völkerbund eine Teilung der von Polen beanspruchten Gebiete.

Das Streben nach maximaler Wiederherstellung des alten Reiches machte aus Polen einen Nationalitätenstaat, in dem die Polen laut Volkszählung von 1921 nur 59,2 Prozent der Bevölkerung stellten, und dieser offiziell ermittelte Anteil war sicher nicht untertrieben. Die ständigen Schwierigkeiten mit den Nationalitäten, vor allem mit den Ukrainern, führten dazu, dass Polen den Minderheitenschutzvertrag 1934 praktisch aufkündigte.

### Jugoslawien

Am 29. Oktober 1918 entstand das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS). Die Serben aber besetzten noch wei-

tere österreichische und ungarische Gebiete. Ungarn protestierte bei der Waffenstillstandskommission gegen die Einverleibung von Batschka, Syrmien und einem Teil des Banats, aber – wie in ähnlichen Fällen – erfolglos.

Grosse Spannungen gab es zwischen dem SHS und Bulgarien wegen Makedonien, das bis anhin zu Bulgarien gehört hatte, obwohl auch die Serben schon im 19. Jahrhundert ihre Ansprüche angemeldet hatten. Nunmehr nahm es das SHS an sich, aber es kam zu ständigen Einfällen der in Bulgarien beheimateten Innermakedonischen Revolutionsorganisation (IMRO). Um dem einen Riegel zu schieben, baute Jugoslawien in den zwanziger Jahren den ersten «Eisernen Vorhang» Europas und schirmte sich so gegen Bulgarien ab.

Die erste jugoslawische Verfassung vom 28. Juni 1921 unterschied in ihrem Kapitel 1 zwischen den südslawischen «Staatsvölkern» und den Nationalitäten (die nicht gefragt wurden). Aber bald genug waren es die Staatsvölker selbst, die einander bitter beföhden. Die Kroaten und Slowenen waren gegen den von Belgrad angestrebten grossserbischen Einheitsstaat; eine Vorwegnahme der Gegenwart. Mit einem Gewaltstreich suspendierte dann König Alexander 1928 die föderative Verfassung und etablierte die Königsdiktatur. Man erklärte die Nationalitätenfrage als «gelöst für alle Zeiten».

Österreich und Ungarn hatten nach dem Krieg enorme wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten; im Falle Ungarns wurden sie durch das Chaos vermehrt, das die Räterepublik hinterliess. Hinzu kam in der Folge die Belastung durch über 400 000 Ausgewiesene und Flüchtlinge, insbesondere aus Rumänien und der Tschechoslowakei.

Wirtschaftliche und soziale Nöte kannten freilich auch die neuen Staaten. Die Ausnahme war die Tschechoslowakei, die nicht nur von der wirtschaftlichen Tüchtigkeit ihrer Bevölkerung profitierte, sondern auch davon, dass sie etwa 75 % der österreichisch-ungarischen Industriekapazitäten erbe.

Dafür hatte Prag seine Probleme mit den Nationalitäten (Deutsche, Ungarn, Polen) und besonders mit der slowakischen Nation, die sich gegen die «tschechische Expansion» sperrte und im März 1939 unter Hitlers Schirmherrschaft einen eigenen faschistischen Staat bildete. Die weitere Geschichte wurde dann vom Totalitarismus in seinen zwei Gestalten bestimmt. Diese Epoche geht ihrem Ende entgegen, und die zerrissene Landschaft von 1918 wird wieder sichtbar. □

## DAS DOKUMENT

### Ein Ungar in Prag

**Bei der polizeilich aufgelösten Demonstration vom 21. August in Prag waren auch junge Leute aus Polen und Ungarn dabei, aus zwei Ländern also, welche auf sowjetisches Geheiss bei der Invasion von 1968 mitgemacht hatten. Zu den Verhafteten auf dem Wenzelsplatz gehörte der junge Ungar T. Wechsler, der versuchte, ein von ihm verfasstes Manifest vorzulesen. Der Leiter der Schweizerischen Ost-europa-Bibliothek in Bern, Dr. Peter Gosztony, ist in den Besitz des Textes gekommen und hat ihn uns zur Verfügung gestellt.**

Freunde, wir ungarischen Demokraten wenden uns an euch. 1968 sind unsere Kommunisten mit Panzern zu euch gekommen. Heute sind wir mit Blumen hier, um für unsere Schande so weit wie möglich Abbitte zu leisten. Das ungarische Volk – das müsst ihr wissen – hat nie sein Einverständnis zu dem gegeben, was am 21. August 1968 geschah und was unsere beiden Völker getrennt hat. Wir wollen nicht, dass sich das wiederhole. Deswegen sind wir gekommen, um mit Blumen eure Verzeihung zu erlangen. Unsere Vergangenheit mit ihrem Leid unter der totalitären Diktatur ist uns gemeinsam, und auch unsere Zukunft kann nur gemeinsam sein. Wir müssen gemeinsam die Mauer des Schweigens und der Angst zwischen uns abbauen. Dann, Freunde, wird es nicht die lebendige Fackel Jan Palachs sein, die uns den weitem Weg weist, sondern die Alternative: die Vernunft, die offene Gesellschaft und die Solidarität. Wir wollen gemeinsam leben, damit wir nicht gemeinsam umkommen.

T. Wechsler

STEIGER  
DRUCK AG  
BERN



Moserstrasse 31  
3014 Bern  
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's